



INITIATIVE
FÜR
NATÜRLICHE
WIRTSCHAFTSORDNUNG

Das Armutszeugnis der Bundesrepublik

Texte | Aktuell

von Jens_Hakenes - 18.06.2008, 00:03 Uhr

Schockiert hat die deutsche Öffentlichkeit auf den neuen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung reagiert. Jeder achte Deutsche gilt als arm - ohne Sozialleistungen wäre es sogar jeder vierte. Doch selbst diese traurigen Zahlen sind offenbar geschönt und die aufgezeigten Auswege eher Sackgassen.

"Die Armut wird klein gerechnet", sagt Professor Christoph Butterwege, Sozialwissenschaftler an der Universität Köln. Als arm gilt für die Bundesregierung, wer weniger als 60% des mittleren Einkommens erhält. Im Jahr 2005 waren das der offiziellen Statistik zufolge 781 Euro. Butterwege und der Deutsche Gewerkschaftsbund weisen darauf hin, dass die Armutsschwelle im vorherigen Bericht erstaunlicherweise bei 938 Euro, also knapp 17% mehr, lag.

Armut wird verharmlost

Der Sozialwissenschaftler neigt zu der Erklärung, dass der Bericht statistische Tricks nutzt, um die Lage schönzureden. Denn bei einer niedrigeren Armutsgrenze gebe es automatisch weniger Arme, sagte Butterwege der Berliner Zeitung. Ein Beispiel: Laut Entwurf des 3. Armuts- und Reichtumsberichts ist der Anteil der armen Kinder zwischen 2003 und 2005 von 15 auf 12% zurückgegangen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung geht dagegen von einem Anstieg auf deutlich höherem Niveau aus: von 23 auf 26%. Vorsichtige Schätzungen von Butterwege auf Grundlage von Zahlen der Bundesagentur für Arbeit vom März 2007 kommen ebenfalls zu anderen Ergebnissen, nämlich 25% oder 2,8 Millionen arme Kinder.

Im neuen Bericht geht es tatsächlich nicht ausschließlich um Armut. "Reichtumsaspekte" werden jedoch in der 30-seitigen Zusammenfassung auf nur anderthalb Seiten abgehandelt, eingeleitet mit der Feststellung, dass die Regierung hier Forschungsdefizite abzubauen hat. Offenbar ist sie seit 2005 dabei nicht besonders weit gekommen, hat aber zumindest grundlegende Erkenntnisse festgehalten:

"Die gesellschaftliche Akzeptanz von Reichtum hängt stark davon ab, inwiefern es gelingt, die Umverteilungsmechanismen aus der Sicht der Bürger fair zu gestalten. Werden die Unterschiede zwischen Arm und Reich als zu groß und schwer überwindbar wahrgenommen, kann dies die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft und der Demokratie in Frage stellen."



Reichtum wird verschleiert

Die Autoren des Berichts scheinen in Sachen Wahrnehmung auf eine Verschleierungstaktik zu setzen. Der amtlichen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe entnehmen sie ein "umfassenderes Bild finanziellen Reichtums" und vergessen dabei zu erwähnen, dass die Reichsten in dieser Stichprobe überhaupt nicht berücksichtigt werden. Dementsprechend gering erscheint der Unterschied zwischen denen, die als arm, und jenen, die als reich gelten, wie auch der Anteil Letzterer an der Gesamtbevölkerung. Laut Einkommensverteilung erhalten 6,4% der Deutschen monatlich mehr als 3.268 Euro netto und gelten damit als reich. Zum (nicht erwähnten) Vergleich: Schätzungsweise 112,5 Millionen Euro monatliches Einkommen verzeichnet Aldi-Gründer Karl Albrecht (27 Mrd. Euro Vermögen bei 5% Zinsen).

Bezeichnenderweise gibt es im Anschluss an das kurze Reichtums-Kapitel auch keine Aufzählung der diesbezüglich eingeleiteten und geplanten Maßnahmen. Aber immerhin: Zu Beginn des Berichts werden die Zinszahlungen des Bundes, die für 2008 mit über 40 Mrd. Euro veranschlagt werden, als Begründung für den begrenzten finanziellen Spielraum zur Armutsvermeidung genannt. Dass man Armut vermeiden könnte, wenn man den vor allem durch Zinsen exponentiell wachsenden Reichtum vermeiden würde, bleibt unerwähnt.

Als Königs(aus)weg hat die Regierung nun die verstärkte Bildung erkoren, nachdem angeblich "Arbeitsanreize" und "aktivierende Sozialpolitik" mit dem jüngsten Aufschwung Wirkung zeigen. Konsequenterweise ist nicht mehr die Rede von der Schere zwischen Arm und Reich, sondern von der Bildungsschere, die zu schließen sei. Für eine noch "bessere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit" sollen nun vor allem die Qualifikationspotenziale ausgeschöpft werden: Wer gut ausgebildet ist, findet auch Arbeit und verringert dadurch sein Armutsrisiko - so die These.

Prof. Butterwege sieht den Ausweg Bildung allerdings faktisch versperrt. Er hält es für heuchlerisch, den Armen Bildung zu empfehlen und ihnen gleichzeitig die finanziellen Ressourcen zu verweigern. Fraglich ist auch der "Aufschwung", den Kanzlerin Merkel und ihre Minister Monat für Monat feiern. Butterwege geht davon aus, dass die Armut auch nach 2005 weiter gestiegen ist. Denn mittlerweile arbeitet fast ein Viertel aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor - und genau dort entstehen die meisten der viel gepriesenen neuen Arbeitsplätze, die trotz Vollzeitbeschäftigung nicht genug zum Leben einbringen.

Dieser Artikel ist der INWO-Mitgliederzeitschrift **FAIRCONOMY** [1] entnommen. Zwei kostenlose Ausgaben können über das **Kontaktformular** [2] bestellt werden.

Karikatur: Eugen Kment/**eugenartig.com** [3]

Der Beitrag kommt von INWO.de:
<http://www.inwo.de/>

Die URL für diesen Beitrag lautet:
<http://www.inwo.de/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=648>

Die folgenden URLs sind im Beitrag enthalten:

- [1] <http://www.inwo.de/FAIRCONOMY>
- [2] <http://www.inwo.de/Kontakt>
- [3] <http://www.eugenartig.com>